

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Normalisierung am Beispiel Schwedens : Verträge sind zur Anpassung erwünscht, aber nicht Bedingung  
**Autor:** Angelus, Oskar  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095307>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Verträge sind zur Anpassung erwünscht, aber nicht Bedingung

## Normalisierung am Beispiel Schwedens

Von Oskar Angelus

In Schweden geht heute ein Prozess vor sich, den der Westen übersieht oder guthisst. Die — heute noch — freie Welt begreift zu ihrem Unglück vieles nicht, was für sie von erstrangiger Bedeutung ist, wie das dedultete Diktat durch den östlichen Imperialismus. «Weltrevolution» nennt sich pathetisch, was in Wirklichkeit reines Streben nach Macht und Besitzerweiterung darstellt.

### «Stille Sowjetisierung»

Die politische Entwicklung in Schweden hat seit einiger Zeit den Weg der stillen Sowjetisierung beschritten, den der heutige Staatsminister Palme bei seinem Regierungsantritt 1969 als «jämlikhet» (Gleichheit) bezeichnete. Da die Gleichheit aller Bürger in parlamentarischen Demokratien eine Selbstverständlichkeit ist, musste sie durch ihre Betonung einen besonderen Sinn enthalten. Wie sich herausgestellt hat, lag dieser in der Nationalisierung. Diese unterscheidet sich vom Sowjetsystem, hat jedoch zugleich viel mit ihm gemein, so dass man von einer beginnenden «weichen Bolschewisierung» sprechen kann.

Ihr wirtschaftlich wichtigstes Merkmal sind die Vorbereitungen zur Verstaatlichung des Privatbesitzes in vorerst begrenztem Rahmen. Ihr eifrigster Verfechter ist neben dem ehemaligen Industrie- und heutigen Aussenminister Wickman der Regierungschef Olof Palme.

Als charakteristisches Beispiel sei die Uebernahme der Apotheken angeführt, die am 10. Juni 1968 vom sozialdemokratischen Parteikongress gutgeheissen worden war und mit Einverständnis des Parlaments am 1. Januar 1971 in Kraft trat. Die Resultate sind danach. Als die Absicht der Sozialdemokraten bekannt wurde, senkten die Apotheker die Preise der Medikamente um 2 Prozent. Die Regierung führte trotzdem ihre Absicht aus mit dem gutgemeinten Motiv, durch eine Zentralisierung von Verkauf und Herstellung die Arzneimittel zu verbilligen und unnötige Einfuhren zu stoppen. Anfang Mai dieses Jahres wurde bekannt, dass der Preis von 160 Medikamenten in aller Stille ab 1. Mai um 5 bis 15 Pro-

zent erhöht worden war. Im übrigen ist der Verlust der staatlichen Apothekergesellschaft allein im Laufe ihres ersten Tätigkeitsjahres grösser als das gesamte Aktienkapital von 37,5 Millionen, und der Fonds zur Preisregulierung (25 Millionen) aus der Zeit des Privatbesitzes ist dahin.

### Aussenpolitik auf dem Anschlussweg

In der Aussenpolitik sind die Motive nicht einmal gut gemeint.

Das Verhältnis zu den USA verschlechtert sich im gleichen Tempo wie das der UdSSR. Regierung und Presse unterstützen, zum Teil aufgrund falscher Informationen, ausschliesslich Nordvietnam, wie sie das in gleicher Weise mit der DDR tun. Das Motiv für die materielle und moralische Hilfe Nordvietnams bildet die angebliche Unterdrückung des Volkes in Südvietnam und der Wunsch, zu seiner «Befreiung» beizutragen. Ganz abgesehen von den kommunistischen «Befreiungen» stellt sich die Frage, weshalb Schweden sich so stark für die DDR einsetzt. Blüht dort die Freiheit? Wo bleibt die Logik? Ist sie im dialektischen Materialismus untergegangen? Zur Frage der Logik noch eine Randbemerkung. Palme redete vor einigen Wochen von der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges. Zur selben Zeit reduziert die Regierung die Stärke der Streitkräfte ganz wesentlich, so dass in militärischen Kreisen die Frage erwogen wird, im Ernstfall Südschweden (Schonen) preiszugeben, um den Rest des Staates irgendwie verteidigen zu können. Und wer ist der potentielle Angreifer? Vielleicht Monaco?

Moskau gefällt die monarchische Staatsordnung Schwedens nicht. Palme auch nicht. Sie hat aber sehr viele Anhänger im Lande, auch unter den Sozialdemokraten; daher kann ihre Liquidierung nur vorsichtig vor sich gehen.

### A propos Monarchie: Warum kein Plebiszit?

Der richtige Weg würde über eine Volksbefragung führen (bei der Entscheidung der Frage der Umstellung vom Links- auf den Rechtsverkehr fand 1955 eine «beratende Volksabstimmung» statt). Die kann sich der Staatsminister in der viel wichtigeren Frage einer Aenderung der Verfassung nicht leisten, da der jetzige Monarch, der greise König Gustav VI. Adolf, im Volk sehr populär ist. Bleiben nur Umwege. Die neue von Palme verteidigte Konstitution entmachtet den König vollkommen und macht ihn zur blossen Schattenfigur. Diese Regelung tritt nach dem Tode Gustav VI. Adolfs in Kraft.

### Wird das Streikrecht abgeschafft?

Der Streik wird für eine Reihe von Angestellten und Arbeitern (etwa 180 000 Personen) verboten, was in einem sozialistischen Staat tragikomisch anmutet, aber in der Sowjetunion durchgeführt ist, weil in einem Arbeiterstaat ein Ausstand undenkbar sei, da ja die Arbeiter gegen sich selbst streiken würden! Die Dachorganisation der Gewerkschaften, LO, ist bereits in vieler Hinsicht nur noch der verlängerte Arm der Regierung — wie in der UdSSR —, wenngleich äusserlich die Form gewahrt bleibt.

Die Maifeier wurde in diesem Jahr in Stockholm durch eine gemeinsame Manifestation der Sozialdemokraten und Kommunisten eingeleitet. Sie bildete mit 50 000 Teilnehmern — und gemeinsamen Losungen der beiden Parteien — den wahrscheinlich grössten politischen Umzug, der je in Schweden stattgefunden hat.

Der Durchschnittsschwede verhält sich zu allen solchen Erscheinungen mehr oder weniger passiv wie der Durchschnittsdeutsche zu Hitlers Zeiten. Er schweigt und pariert. Was aber dem Deutschen — auch von schwedischer Seite — als Verbrechen angekreidet wurde, gilt in Schweden als politische Weisheit. ■

## Unsere Meinung

### Die Akte der Anklage

(Fortsetzung von Seite 7)

**klagen wir die Führung der KPdSU der verfassungswidrigen Tätigkeit an, die sich**

- im ungesetzlichen Ergreifen der Macht,
- in terroristischen Akten gegen die Bürger,
- in der Entfaltung des Klassenkampfes,
- in Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen (Ungarn, Tschechoslowakei) ...
- in der Verletzung der nationalen Gleichheit usw. äusserste.)

So fordert die DDSS:

- Die Führung der KPdSU zu entfernen,

- im Lande die demokratischen Freiheiten einzuführen,
- alle politischen Gefangenen zu befreien,
- allgemeine demokratische Wahlen durchzuführen,
- eine neue Verfassung zu erlassen.

Die abschliessenden Worte des Memorandums besagen:

**«Die Demokraten sind voller Entschlossenheit. Weder Gefängnisse noch KZs noch psychiatrische Anstalten, weder Leiden noch Entbehrungen erschrecken sie. Der Kampf um Freiheit und Demokratie wird sich im kommenden Jahrzehnt ausweiten. Und diesen heiligen Kampf führen wir bis zum siegreichen Ende. Darin sehen wir unsere Pflicht als Bürger. Demokraten! Vereint euch, kämpft, siegt!»** ■

Wenn wir durch diese Korrespondenz sozusagen mit dem Finger auf Schweden zeigen, so gilt unser Interesse nicht so sehr dem spezifischen als vielmehr dem symptomatischen Fall. Denn wir zeigen damit lediglich in die Richtung, in die Westeuropa überhaupt geht. Mit unterschiedlichem Tempo, mit Besonderheiten in Gangart und Haltung, gewiss, aber man darf sich von diesen Dingen nicht über die Einheitlichkeit der Grundtendenzen hinwegtäuschen lassen. Der schwedische «Sonderfall» zeigt recht gut an, wohin Genosse Trend uns leitet.

Wir haben in der letzten Nummer (Seite 8: «Die Schutzmacht») Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Relevanz der deutschen Ostverträge in ihren innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Folgen liegt (wir werden später noch auf